



► Nr. 2024/12914-01-01
öffentlich

Lübeck, 28.05.2024

Bericht -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
2.530 - Gesundheitsamt

Bearbeitung: Alexander Mischnik (E-Mail: alexander.mischnik@luebeck.de Telefon: 122 - 5301)

Bericht zum Antrag VO/2024/12914-01 von AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): AÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.06.2024	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
02.07.2024	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
16.07.2024	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
26.09.2024	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, ob im Jahr 2024 in der Stadt Lübeck eine Aufklärungskampagne zum Thema „Psychische Erkrankung“ und „Suizidalität“ realisiert werden kann.

Ziel ist es, auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam zu machen und das Thema in den Fokus zu rücken.

Der Prüfungsauftrag zielt auf die Kosten für die Durchführung und die Art/Umfang einer solchen Kampagne sowie auf die zeitnahe Umsetzung ab.

Wir erwarten eine Rückmeldung im zweiten Quartal 2024, die dem Sozialausschuss vorgelegt werden soll.

Antrag VO/2024/12914:

„Um die Themen „psychische Erkrankungen“ und „Suizidalität“ in der Stadt Lübeck sichtbar zu machen, wird die Verwaltung beauftragt, eine Kampagne zu gestalten, die auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam macht.

Denkbar wären Mottos wie "Du bist nicht allein!" oder "Wir sind für dich da!". Die Kampagne soll mit Flyern, Plakaten und einem Social-Media-Team gestaltet werden.

Begründung:

Jährlich nehmen sich in Deutschland ca. 10.000 Menschen das Leben.

Auch wenn unsere Gesellschaft langsam anfängt Stigmata aufzubrechen und psychische Erkrankungen als solche anzuerkennen, wissen viele Betroffene nach wie vor nicht, wo sie sich Hilfe suchen können.

Lübeck hat viele tolle Hilfsangebote, die leider kaum bekannt sind.

Dies ist mehr als genug Grund, dass wir uns als Kommunalpolitik vornehmen, daran vermehrt zu arbeiten.

Die Ausarbeitung einer Aufklärungskampagne wäre ein sinnvoller und wichtiger erster Schritt.“

Bericht:

Dem Hinweis der Antragssteller auf die „bestehenden Hilfsangebote in Lübeck“ kann aus Sicht der Verwaltung bestätigt werden. Diese sind in Lübeck in einer großen Anzahl und mit einem breiten Spektrum vertreten.

Eine regelmäßig aktualisierte Aufstellung dieser Angebote der verschiedenen Institutionen und Anlaufstellen finden sich im Psychosozialen Wegweiser für Lübeck, welcher im Internet über bekannte Suchplattformen schnell zu finden ist.

Der Psychosozialen Wegweiser für Lübeck ist benutzerfreundlich aufgebaut. Über eine übersichtliche und ansprechende Plattform kann man schnell das auf die eigene Problemlage zutreffende Hilfsangebot finden. Kontaktaufnahmen sind jeweils telefonisch, per Mail oder auch persönlich in den ebenfalls zu findenden Öffnungszeiten möglich.

Über die Informationen im Internet hinaus, wird an vielen Stellen im öffentlichen Raum auf einzelne Hilfsangebote, wie z.B. die Telefonseelsorge, aufmerksam gemacht. Am 04.05.2024 fand ein gut besuchtes Benefizkonzert zu Gunsten der Telefonseelsorge in der Aegidienkirche statt.

Als öffentlich gut beworbene Großveranstaltung sind die Lübecker Präventionstage im September 2023 in der MUK zu nennen, bei denen viele Institutionen des Hilfesystems für psychisch kranke und suchtkranke Menschen vertreten waren. Hier konnten sich Bürger:innen an Ständen über die vielfältigen Angebote im Hilfesystem informieren und auch einzelne Vorträge zu Themen rund um psychische Gesundheit und Sucht hören.

Des Weiteren fand ein Tag der offenen Tür im Zentrum für Integrative Psychiatrie und Psychotherapie (ZIP) Anfang September 2023 in Lübeck statt, bei denen Bürger:innen sich ein Bild von der Klinik und den verschiedenen therapeutischen Angeboten mit Besichtigung der Stationen machen konnten.

Zudem sind die regelmäßig über die Lübecker Nachrichten beworbenen Fortbildungen zu Gesundheitsthemen, auch rund um psychische Erkrankungen, des UKSH zu erwähnen.

Als große Präventions-, Aufklärungs- und Anti-Stigmatisierungskampagne ist das in Lübeck seit 2021 laufende Projekt „PsyGeSchuL – Förderung der psychischen Gesundheit in Schulen in der Stadt Lübeck“, entwickelt auf Grundlage des Bundesprojektes „Verrückt? Na und“, zu nennen. Diese Kampagne erfolgt in Kooperation zwischen der „Brücke“, „Kinderwege“, „Schulsozialarbeit“ und dem Gesundheitsamt an Lübecker Schulen.

Am 03.05.24 fand im Rahmen eines „Runden Tisches“ ein Vortrag und Workshop zur Suizidprävention außerhalb von Kliniken statt. Hier konnte, u.a. als vorläufiges Ergebnis der Expertenrunde, festgehalten werden, dass einerseits bauliche Maßnahmen (wie z.B. zwei Kilometer lange Zäune an Bahngleisen in der Nähe von psychiatrischen Kliniken) oder auch Hinweisschilder mit dem Hinweis auf die Telefonseelsorge an Bahnhöfen als sinnvoll eingestuft werden. Weiterhin wurde im Hinblick auf Prävention eine gezielte Ansprache / Aufklärung von Risikogruppen (z.B. ältere Männer) aufgeführt.

Zusammenfassend wird bei der Betrachtung der Suizidrate für Lübeck ein deutlicher Rückgang seit 2016 beobachtet, was für eine Verbesserung der Hilfsangebote und eine verbesserte Kenntnis über diese Angebote sprechen könnte.

Erfahrungsgemäß sind „Mund-zu-Mund-Propaganda“ und die Verbreitung über Multiplikatoren sehr wirksame Methoden für Kampagnen. Hier könnte das o.g. Projekt „PsyGeSchuL“ durch seinen Fokus auf Kinder und Jugendliche einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung leisten und sollte weiter präsent gehalten werden.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Aufklärung- und Öffentlichkeitsarbeit, wie z.B. „Tag der offenen Tür des Gesundheitsamtes“, „Präventionsprojekte“, „Vorträge für Schulen, Institutionen“ etc. in der routinemäßigen Arbeit des Gesundheitsamtes fest verankert ist.

Die erwähnten Angebote und Workshops sollen beispielhaft darstellen, dass es in Lübeck bereits jetzt eine Vielzahl von Maßnahmen und Kooperationen von Akteur:innen gibt, in denen auf die Hilfsangebote aufmerksam gemacht wird.

Empfehlenswert ist es, gerade vor dem Hintergrund, dass sich der Antrag mit dem Hinweis auf die hohe bundesweite Suizidrate begründet, gezielt Maßnahmen für Lübeck auszubauen und zu intensivieren. Hier könnten u.a. die Hinweise aus den bereits erfolgten Workshops zu baulichen oder ziel-gruppenspezifischen Maßnahmen herangezogen werden.

Aus Sicht des Gesundheitsamtes ist eine allgemeine zusätzliche bzw. parallele Kampagne nicht zielführend und erforderlich, da bereits ein deutlicher Rückgang der Suizidalrate für Lübeck beobachtet wird und keine Lücke an Hilfsangeboten vorhanden ist.

Anlagen:

./.

Senatorin Pia Steinrücke